

Internationale Erklärung gegen den "Etikettenschwindel" des Runden Tisches zu nachhaltigem Palmöl (RSPO)

**Für Menschenrechte, Ernährungssouveränität,
biologische Vielfalt und Klima-Gerechtigkeit**

Ironischerweise begann am 16.10.2008, dem Welternährungs- und Ernährungssouveränitätstag, ein Treffen in Cartagena (Kolumbien) zur Förderung von Palmöl Monokultur-Plantagen. Genau diese Plantagen sind eine Ursache für zahlreiche Verstöße gegen das Recht auf Nahrung. Sie stehen im Konflikt mit der Ernährungssouveränität, da sie das Recht der lokalen Bevölkerungen untergraben, die eigenen Lebensmittel entsprechend ihren territorialen Gegebenheiten und ihren Esskulturen zu produzieren.

Das erste lateinamerikanische Treffen des "Runden Tisches für nachhaltiges Palmöl" (RSPO) umfasst dessen Verwaltungsrat sowie lateinamerikanische Vertreter von Palmölproduzenten aus der Agro-Industrie. Sein Ziel ist "der Erwerb der RSPO-Zertifizierung vor allem für die internationale Vermarktung von Palmöl, seiner Derivate und Produkte". Dies ist ein weiterer "Grünwasch"-Versuch der Agrar-Industrie als Reaktion einerseits auf die negative Publizität in Bezug auf die Nahrungsmittelkrise und andererseits auf den weltweiten sozialen und politischen Widerstand gegen Expansionspläne für das heutige Modell der Agrotreibstoff-Produktion.

In Kolumbien verurteilen die sozialen und ökologischen Organisationen, dass "der 'Runde Tisch für nachhaltiges Palmöl' (RSPO) auf falschen Vorgaben beruht, nämlich der Festlegung von Kriterien für Nachhaltigkeit, damit die Palmenplantagen ihr Produkt mit sozialen und ökologischen Garantien verkaufen können und ein schadenbringendes Geschäft legitimieren, das gegen die Rechte der indigenen, afro-kolumbianischen und kleinbäuerlichen Gemeinschaften verstößt. Indem er mit einer Strategie, die darauf abzielt, die Vermarktung von Produkten aus Ölpalmen-Derivaten zu erleichtern, Grundbesitzverhältnisse und das natürliche Erbe in massive Mitleidenschaft zieht, erzeugt der RSPO zwar höhere Dividenden, jedoch keine Lösungen für die Konflikte, die er schafft. Es ist so, dass keine Zertifizierung solche Lösungen garantieren kann".

Palmöl ist das weltweit am meisten vermarktete und verbrauchte Pflanzenöl, und somit ein strategischer Rohstoff im agroindustriellen Sektor. Es wird für den Export in globale Märkte (im Wesentlichen die EU, China, Indien und die USA) in ausgedehnten tropischen Monokulturen produziert und findet Verwendung als Lebensmittel sowie in Industrie- und Energie-Produkten.

Die negativen Folgen der Ölpalmen-Monokulturen sind deutlich spürbar in Indonesien, Malaysia, Papua-Neu Guinea, Kamerun, Uganda, Elfenbeinküste, Kambodscha, Philippinen und Thailand und auch in Kolumbien, Ecuador, Peru, Brasilien, Guatemala, Mexiko, Nicaragua und Costa Rica. Im Folgenden nennen wir Einzelheiten dieser negativen Auswirkungen:

Abholzung des tropischen Urwaldes

Monokultur-Plantagen ersetzen tropische Wälder und andere Ökosysteme, was zur massiven Entwaldung und entsprechendem Verlust der biologischen Vielfalt, zu Überschwemmungen, schlimmeren Dürren, Bodenerosion, Gewässerverschmutzung und das Aufkommen von Schädlingen infolge Zusammenbruchs des ökologischen Gleichgewichts und Veränderungen in den Nahrungsmittelketten führt. Monokulturen gefährden auch den Erhalt von Wasservorkommen, der Böden sowie von Flora und Fauna. Verlust von Wald und Verschlechterung der Waldqualität verringert die klimatische Ausgleichsfunktion der Wälder, von deren Verschwinden die gesamte Menschheit betroffen ist.

Der Intergouvernementale Rat für Wälder der UNO (UN Intergovernmental Panel on Forests) führt als Ursachen für Entwaldung und Waldverschlechterung einerseits Regierungsbeschlüsse, Wälder durch industrielle Baum-Plantagen wie die Ölpalme zu ersetzen, andererseits das Vorrücken der landwirtschaftlichen Zonen unter dem Druck der Monokultur-Plantagen an.

Die Ausbreitung der Ölpalme ist die wichtigste Ursache für die Entwaldung in Malaysia und Indonesien. In beiden Ländern hat sich der Waldverlust in den letzten Jahren parallel zur Verbreitung der Ölpalme dramatisch erhöht. In Malaysia nahm er in der Zeit von 1990-2000 und von 2000-2005 um 86% zu, wobei 4,2 Millionen Hektar Land mit Ölpalm-Plantagen bepflanzt sind. Mit der grössten Ausbreitung von Ölpalm-Plantagen hält Indonesien den Rekord für den weltweit höchsten Grad an Tropenwaldzerstörung.

Stärkerer Klimawandel

Derzeit ist Entwaldung weltweit die zweitgrösste Ursache der Zunahme an atmosphärischem Kohlendioxid. In vielen Ländern bedeutet die Flächenvergrösserung von Ölpalm-Plantagen in Monokultur den Verlust oder die Schädigung uralter Hochmoore sowie Brandrodung oder Abholzung von Urwäldern.

Verschiedene wissenschaftliche Studien weisen warnend darauf hin, dass die Zerstörung von Hochmooren mindestens 8% der weltweit für den Klimawandel verantwortlichen CO₂-Emissionen ausmacht. Es wird geschätzt, dass Aufgrund der Torflandschaftszerstörung in Südost-Asien in regelmässigen Abständen zwischen 136 Millionen und 1,42 Milliarden Tonnen CO₂ freigesetzt werden – zusätzlich zu Emissionen aus dem Abholzen, dem Entweichen von im Boden gebundenem Kohlenstoff, dem Einsatz von Stickstoff-Düngemitteln, Emissionen landwirtschaftlicher Maschinen sowie dem Verlust von CO₂-Senken. Satellitenbilder zeigen Waldbrände in Indonesien in Zonen mit hohen Anteilen von im Boden gebundenem Kohlenstoff.

Dies ist eine Folge von Entwaldungspraktiken im Zusammenhang mit der Palmölproduktion. Die Abnehmer von Palmöl aus Abholzungszone sind multinationale Konzerne wie Unilever, Nestlé und Procter & Gamble und weitere wichtige Namen in der Lebensmittel-, Kosmetik- und Agrotreibstoffindustrie.

Darüber hinaus wird Palmöl mitten in der durch das bedenkenlose Verbrennen fossiler Treibstoffe hervorgerufenen Klimakrise für die industrielle Herstellung von Agrotreibstoffen benutzt. Immerhin hat, neben vielen anderen Institutionen, die schwedische Regierung in einer Studie des Nationalen Schnellstrassen-Amtes (National Highway Authority) anerkannt, dass "die Erhöhung der Menge von Agrotreibstoffen durch die Einfuhr von Palmöl zu einer Erhöhung der CO₂-Emissionen führen kann, anstatt sie zu verringern".

Millionen von indigenen Menschen sind bedroht

Nach Angaben des Ständigen Forums der Vereinten Nationen für Eingeborenenfragen laufen 60 Millionen Indigene weltweit Gefahr, ihr Land und Mittel zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts durch die Ausweitung der Plantagen zur Herstellung von Agrotreibstoffen zu verlieren. Allein in Borneo (Indonesien) sind 5 Millionen Menschen in indigenen Gemeinschaften durch Ausbaupläne für Ölpalm-Plantagen bedroht. Zudem erkennt die Regierung von Indonesien noch nicht einmal die anzestralen oder territorialen Rechte der UreinwohnerInnen (Indigenen) an. Plantagen werden auf Boden angepflanzt, der von Ureinwohner-Gemeinschaften beansprucht wird; zudem plant die Regierung neue Ölpalm-Plantagen auf einer weiteren Million Hektaren Boden, der den Indigenen gehört. Ähnlich verhält es sich auch in anderen Ländern.

Das UN Intergovernmental Panel on Forests bezeichnet die staatliche Aberkennung territorialer Rechte und des Rechts auf Nutzung von Wäldern und anderen Ressourcen durch Indigene und andere darauf angewiesene LandbewohnerInnen, zB afro-kolumbianische Gemeinschaften, als Ursachen für Entwaldung.

Als Beispiel erwähnen wir den strategischen Plan für die Anpflanzung von Sorten für die Agrotreibstoff-Produktion ausschliesslich für den Staat Chiapas (Mexiko) – als Pilotprojekt und nationales Beispiel – auf einer Fläche von 900'000 Hektaren (einem Siebtel der Gesamtfläche des Staates). Südlich des Lacandona-Waldes wurde die grösste Baumschule Lateinamerikas eingerichtet, ausschliesslich für Ölpalmen. Dem Megaprojekt wurde das Etikett "Ökozid und Ethnozid" angehängt, weil es die urkundliche Verschreibung einzelner Grundstücke und die anschliessende Privatisierung von Land (bekannt unter dem Namen "ejidos" oder Gemeinschaftsland) fördert, das tatsächlich Ureinwohner-Bevölkerungen und bäuerlichen Gemeinschaften gehört.

Illegale Inbesitznahme von Land, Konflikt um Landbesitz, Menschenrechtsverletzungen

Die Landnahme durch Ölpalm-Monokulturplantagen erfolgte auf Kosten der lokalen Gemeinschaften und führte oder führt zur Zerstörung deren sozialer Netzwerke und Kultur sowie biologisch vielfältiger Ökosysteme und zur Schädigung überlebenswichtiger

Subsistenzmittel. Gemeinschaften von UreinwohnerInnen und ursprünglich aus Afrika stammenden Menschen wurden und werden gewaltsam vertrieben oder zur Umsiedlung gezwungen. Täuschung oder Druck sowie Gewalt der Staatskräfte oder anderer bewaffneter Parteien bringt sie dazu, ihr Land zu vermieten oder zu verkaufen.

In Kolumbien steht die Ausweitung der Ölpalm-Plantagen im Zusammenhang mit schweren Menschenrechtsverletzungen. Internationale Nichtregierungsorganisationen haben 113 Morde im Einzugsgebiet der Flüsse Curvaradó und Jiguamiandó in der Region Chocó dokumentiert. Der Chocó ist unter paramilitärischer Kontrolle.

Die Paramilitärs machen mit Palmpflanzern gemeinsame Sache und verfügen über Grundstücke, die rechtlich den afro-kolumbianischen Gemeinschaften gehören. Sie genießen die Unterstützung der 17. Brigade der kolumbianischen Streitkräfte und sind verantwortlich für dreizehn erzwungene Umsiedlungen. Die Strategie dieser Komplizenschaft umfasst wirtschaftliche Blockade, selektive Ermordungen, Massaker und Folter. Trotz Beweisen, dass die Einrichtung dieser Ölpalm-Plantagen widerrechtlich ist, was vom Büro des Generalstaatsanwalts und Verteidiger des Volkes von Kolumbien und der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte usw. anerkannt worden ist, und der Beweise für die Vernichtung von Menschenleben hat die kolumbianische Regierung keinerlei wirksame Massnahmen unternommen, dies zu verhindern oder die Grundstücke den afro-kolumbianischen Gemeinden zurückzuerstatten.

Der Ausbau der Monokultur-Plantagen bedroht nicht nur im Chocó Leben, Land und traditionelle Bräuche der afro-stämmigen, Ureinwohner- und kleinbäuerlichen Gemeinschaften, sondern auch in den Provinzen von Tumaco, Magdalena Medio, Vichada, Meta und Amazonas.

Laut dem UN-Hochkommissar für Flüchtlinge werden in Kolumbien jedes Jahr 200'000 Menschen vertrieben. In den letzten zwanzig Jahren ist die Zahl der Vertriebenen auf insgesamt 4 Millionen gestiegen – die zweithöchste Vertreibungsrate weltweit. Dazu kommt die Enteignung von mehr als 6 Millionen Hektar Land. Die meisten der erzwungenen Umsiedlungen stehen in direktem Zusammenhang mit Landdisputen, auch infolge Ausweitung von Palmöl-Plantagen in Monokultur.

In Indonesien haben sich die Konflikte wegen der Ölpalm-Plantagen ausgeweitet:

Grossunternehmen betreiben die illegale Enteignung von Agrarland und heuern private Wächter an, um Tatsachen zu schaffen. Allein im Jahr 2006 wurden 350 Landkonflikte und 1'753 Fälle von Menschenrechtsverletzung dokumentiert.

In Ecuador sind Ölpalm-Plantagen dafür verantwortlich, dass einzigartige Urwälder in traditionellem Gemeinschaftsbesitz der Ureinwohner verloren gegangen sind. Damit einher geht der Verlust von Trinkwasserquellen, Nahrungsmitteln, Medizin, Spiritualität und Kultur. Zur Zeit sieht der Agrar- und Forstwirtschaftsplan der Regierung die Einrichtung von mehr als 450'000 Hektar Ölpalm-Plantagen vor, unter anderem Monokultur-Plantagen für die Herstellung von Agrotreibstoff, und zwar dort, wo bisher tropischer Regenwald steht oder indigene, afro-

ekuatorianische und Kleinbauerngemeinschaften gesiedelt und ihre Nahrungsmittel angebaut haben. Diese Pläne bedrohen deren Grundrecht auf Trinkwasser in schwerwiegender Weise.

Anstieg der Verwendung von Agrochemikalien

Die RSPO-Grundsätze und Kriterien für die nachhaltige Produktion von Ölpalmen erlauben die Verwendung von hochgiftigen, für die menschliche Gesundheit und Umwelt äusserst schädlichen Pestiziden. So wie diese Kriterien heute formuliert sind, schützen sie die Interessen der Pestizid-Industrie, nicht aber die Gesundheit der Palmöl-Plantagenarbeiter.

Obwohl die gesundheitsschädigenden Auswirkungen von Paraquat (weltgrösster Hersteller: Syngenta) oder Gramoxone für die Frauen und Männer in den Palmöl-Plantagen seit Jahren beklagt werden, vergiften diese Agrochemikalien jährlich Zehntausende von Arbeitern; viele von ihnen sterben infolge Kontakt mit diesen äusserst gefährlichen Pestiziden.

Verletzung des Grundrechts auf Nahrung und Ernährungssouveränität

Ernährungssouveränität ist das Recht der Völker auf nahrhafte und kulturell angemessene, leicht zugängliche, nachhaltig und ökologisch produzierte Lebensmittel, sowie das Recht, selber darüber zu entscheiden wie sie ihre Nahrungsmittel- und Produktionssysteme gestalten.

Die Produktion von Palmöl im aktuellen, rasend wachsenden und sich verändernden globalisierten Wirtschaftsmodell der industrialisierten Landwirtschaft mit Plantagen in grossflächiger Monokultur steht im direkten Wettbewerb mit der Nahrungsmittelproduktion. Ein weiterer Anlass zur Sorge ist die damit einhergehende Gegen-Agrarreform, wobei multinationale Industriegruppen die Kontrolle über riesige Landstriche übernehmen, was zur vermehrten Ausbeutung von Arbeitskräften, Landflucht, Armut, sozialen Konflikten und Menschenrechtsverletzungen führt.

Derzeit leiden weltweit über eine Milliarde Menschen Hunger oder sind unterernährt. Gemäss Schätzungen des Welternährungsprogramms der UNO leiden weitere 100 Millionen Menschen Hunger aufgrund des rasanten Anstiegs der Lebensmittelpreise in den letzten drei Jahren. Zwar sind die Gründe komplex, doch laut einem vertraulichen Bericht der Weltbank ist es den Agrotreibstoffen zuzuschreiben, dass die Lebensmittelpreise um bis zu 75% angestiegen sind, was ein viel höherer Anstieg ist als bisher angenommen. Die internationalen Organisationen sind sich durchaus einig, dass die wachsende Nachfrage nach Rohstoffen für Agrotreibstoffe ein wichtiger Faktor ist. Auch die OECD ist zum Schluss gekommen, dass zwischen 2005 und 2007 "bis zu 60% des Anstiegs der Nahrungsmittelpreise auf die Verwendung von Getreide und pflanzlichen Ölen für die Agrotreibstoff-Industrie zurückzuführen sind."

Dieses Agro-Industrie-Modell beschleunigt auch den Klimawandel, was wiederum den Verlust von fruchtbarem Boden erhöht und Hungersnöte zur Folge hat. Wird dieses Modell nicht eingedämmt, kommt es unweigerlich zu einem bewusst herbeigeführten Anstieg der Hungernden in der Welt sowie von Konflikten um Landbesitz, was ein Verbrechen an der Menschheit wäre.

Im Fall von Guatemala zum Beispiel wurden Mega-Ölpalmen-Projekte für die Herstellung von Agrodiesel umgesetzt, was zu einem beschleunigten Wandel in der Landnutzung führte mit negativen Auswirkungen auf die Ernährungssouveränität in ländlichen Gebieten. Auch ist die Vertreibung eines grossen Teils der bäuerlichen Bevölkerung zu befürchten.

Wer sind die Gewinner am Runden Tisch zu nachhaltigem Palmöl (RSPO)?

Der Runde Tisch zu nachhaltigem Palmöl (RSPO) beinhaltet einen freiwilligen Zertifizierungsprozess. Er wird von grossen NGOs und Industrie gefördert und stellt eine Initiative gegen die Interessen der Bevölkerung dar. Erklärungen der am RSPO beteiligten Akteure, wie z.B. des indonesischen Herstellers Palm Association (GAPKI) geben ein klares Bild ab. Sie zeigen, dass es sich beim RSPO um ein Werkzeug für den Ausbau der Palmölgeschäfte und nicht um eine authentische Strategie zur Eindämmung ihrer ökologischen und sozialen Auswirkungen handelt. Viele der RSPO-Mitgliedsunternehmen zerstören weiterhin riesige Regenwaldgebiete und verletzen die Menschenrechte, wie im Fall von Wilmar International auf der Insel Bugala (Uganda) und in Indonesien, PT SMART, Agro-Group und IOI-Group in Indonesien, FEDEPALMA in Kolumbien, oder Unilever in Indonesien, Malaysia und der Elfenbeinküste.

Die Art, wie sich diese RSPO-Initiative in Bezug auf ihren Ansatz und ihre Akteure in Kolumbien präsentiert zeigt, dass das wichtigste Interesse an diesem Prozess der "nachhaltigen Palmölproduktion" rein kommerzieller Natur ist. Es gibt keine verbindliche Absicht zur Eindämmung der negativen Auswirkungen sozialer oder menschenrechtlicher Art. Eher ist die Tendenz festzustellen, im Zusammenhang mit dem Ölpalmen-Agrobusiness schwerste Verbrechen, Widerrechtliches und paramilitärische Einflussnahme zu verschweigen.

Wir lehnen den Runden Tisch zu nachhaltigem Palmöl (RSPO) aus folgenden Gründen ab:

- Die vom RSPO vorgeschlagenen Grundsätze und Kriterien zur Definition von Nachhaltigkeit schliessen grosse Plantagen mit ein.

- Der RSPO soll die kontinuierliche Expansion der Palmöl-Industrie legitimieren.

- Ein Modell, das die Umwandlung natürlicher Lebensräume in grosse Monokultur-Plantagen beinhaltet, kann niemals nachhaltig sein.

- Der RSPO interessiert sich für das Wirtschaftswachstum und die Öffnung der Märkte im Palmöl-Sektor, nicht aber für soziale und ökologische Nachhaltigkeit.

- Der RSPO ist von der Industrie dominiert und konsultiert die betroffenen Gemeinden nicht wirklich.

- Die Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen am RSPO legitimiert lediglich einen inakzeptablen Prozess, den wichtige Organisationen wie der WWF fördern und unterstützen. Er geht jedoch nicht die wirklichen Probleme der betroffenen Bevölkerung des Südens an, sondern verschlimmert sie eher noch.

- Das Programm des RSPO ermöglicht es den Unternehmen, einzelne Plantagen zu zertifizieren und so eine Gesamtbewertung ihrer Produktion zu umgehen. Die jeweilige "Star"-Plantage ermöglicht es ihnen, sich als "ökologisch verantwortlich" darzustellen, obwohl sie sozial- und umwelttechnisch unverantwortlich handeln. Dies ist in der Vergangenheit bereits geschehen mit anderen Systemen zur Zertifizierung industrieller Baum-Plantagen, wie z.B. der FSC-Wald-Zertifizierung.

- Der RSPO ist ein weiterer Versuch, die wahre Situation zu tarnen und zu leugnen; er stellt den Versuch des "Grünwaschens" dar, das ein zerstörerisches, sozial und ökologisch nicht nachhaltiges Produktionsmodell als "verantwortlich" erscheinen lassen will.

Ausserdem **verurteilen** wir, dass die EU und andere Organisationen und Institutionen versuchen, formale Kriterien der Nachhaltigkeit für die Produktion von Rohstoffen für Agrotreibstoffe zu erarbeiten, ohne deren unabschätzbaren Auswirkungen gebührende Aufmerksamkeit zu gewähren. **Der Anbau von Ölpalmen kann NICHT und NIEMALS nachhaltig sein – genausowenig wie alle anderen industriellen Plantagen in Monokultur.**

Es ist bereits zu spät für die Wiedergutmachung eines Grossteils der durch die Ölpalmen-Agrarindustrie in tropischen Ländern hervorgerufenen Schäden. Dennoch stellen wir mit dieser Erklärung folgende Forderungen:

* Sofortiger und völliger Abbruch jeglicher Abholzung oder Landumnutzung für den Anbau von Ölpalmen; keine einzige Hektare natürliches Ökosystem darf mehr zerstört werden.

* Abbruch der Handelsbeziehungen zwischen Unternehmen, die Palmöl kaufen und Lieferanten, die Wälder und Torflandschaften zerstören, denn sie sind für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich oder profitieren davon.

* Schutz der Menschenrechte der Ureinwohner-Völker, afro-stämmiger Menschen und bäuerlicher Gemeinschaften, die von grossen Monokultur-Plantagen betroffen sind.

* Garantien für die Wiedergutmachung der Schäden an Menschen und Umwelt, die durch die Einführung von grossen Monokultur-Plantagen und durch Menschenrechtsverletzungen durch

Staatskräfte und private Unternehmen hervorgerufen wurden. Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für die Opfer.

* Auflösung aller bestehenden Landkonflikte im Zusammenhang mit Palmen-Plantagen in Monokultur. Dies bedeutet die sofortige Rückgabe des Landes der Vorfahren der afro-kolumbianischen Gemeinschaften und eingeborener Völker, die von Monokultur-Plantagen betroffen sind, und die Umsetzung von Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

* Achtung des Landes und der territorialen Rechte der lokalen Gemeinschaften.

* Anhören, ansprechen/angehen und lösen von rechtlichen Klagen, Beschwerden und anderen von den betroffenen Gemeinschaften gestellten Forderungen.

* Verhindern, dass Agrobusiness-Lobby-Organisationen wie der RSPO als Vorwand für die unbegrenzte Ausdehnung des Ölpalmenanbaus dienen, die auf Kosten der Zukunft der Völker und der Erde nur Vorteile und grosse Umsätze fürs Agrobusiness schaffen.

* Ein sofortiges Moratorium auf Anreize der EU und anderer für die Produktion von Agrotreibstoffen auf riesigen Monokultur-Plantagen, einschliesslich Baum-Plantagen, und ein Moratorium auf deren Einfuhr. Dies beinhaltet die sofortige Aussetzung aller obligatorischen Prozentsätze und Anreize wie Steuerbefreiung und Subventionen auf Agrotreibstoffen aus Monokultur-Plantagen, einschliesslich solcher, die durch Emissionshandelsmechanismen, internationale Entwicklungshilfe oder Weltbankkredite u.ä. finanziert werden.

Noch haben wir Zeit, unsere Methoden für die Produktion, die Umwandlung, den Handel und den Konsum landwirtschaftlicher Produkte radikal zu verändern. Um dies zu tun, sind zum Beispiel folgende Massnahmen erforderlich:

* Die industrielle Nahrungsmittelproduktion stoppen, die zum Klimawandel und zur Vernichtung kleiner ländlicher Gemeinschaften beiträgt.

* Ende der Privatisierung der natürlichen Ressourcen.

* Zerlegen der Agrobusiness-Unternehmen; Stopp der Finanz-Spekulation mit Rohstoffen; Stopp einer für die Lebensmittel-Krise (und -Notstand) verantwortlichen Wirtschafts- und Handelspolitik.

* Ersetzen der industrialisierten Landwirtschaft durch eine nachhaltige Kleinbauern- und Familienlandwirtschaft, unterstützt durch echte Agrarreform-Programme.

* Förderung einer nachhaltigen Energiepolitik. Verbrauch von weniger Energie und lokale Produktion von Solar- und Windenergie und Biogas statt der heutigen Förderung von Agrotreibstoffen im grossen Stil.

* Umsetzung einer Agrar- und Handelspolitik auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene, die eine nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft und den Verbrauch von lokalen und ökologischen Lebensmitteln fördert. Dazu gehört die vollständige Abschaffung von Subventionen, die zu unlauterem Wettbewerb durch subventionierte Lebensmittel führt.

Alternatives Netzwerk gegen Straflosigkeit und Globalisierung der Märkte – Alternative Network against Impunity and Market Globalisation

Wenn Ihre Organisation diese Erklärung unterstützen möchte sowie für Fragen oder Kommentare senden Sie bitte eine E-Mail mit dem Namen Ihrer Organisation und Ihres Landes an:

unsustainablepalmoil@gmail.com

Unterzeichner dieser Erklärung:

1. Acción Ecológica, Ecuador
2. Acción por la Biodiversidad, Argentina
3. Afrika-Europa Network, Netherlands
4. AFOSCI Apoyo al Fortalecimiento de la Sociedad Civil, Paraguay
5. Agua Sustentable, Bolivia
6. AITEC, France
7. Alianza Social Continental | Hemispheric Social Alliance, Americas
8. Alotau Environment Ltd, Papua New Guinea
9. Alternative Agriculture Network, Thailand
10. Amis de la Terre (member of FoE International), Belgium
11. Amics de la Terra Eivissa, Spain
12. AMODE, Mozambique
13. ANUC-UR Asociación Nacional de Usuarios Campesinos - Unidad y Reconstrucción, Colombia
14. Asamblea Coordinadora Patagónica contra el Saqueo y la Contaminación, Argentina
15. Asamblea de Unidad Cantonal de Cotacachi, Ecuador
16. A SEED Europe, Netherlands
17. Asociación Amigos de los Parques Nacionales AAPN, Argentina
18. Asociación Cultural Pacifista de Moratalaz, Spain
19. Asociación Ecologista Verdegaia Galicia, Spain
20. Asociación Ecologistas Plasencia, Spain
21. Asociación El Puesto Ecológico Tenerife, Spain
22. Asociación HESED-JUSTICIA, Spain
23. Asociación Katio, Spain
24. Asociación de Mujeres de Singuerlín, España
25. Asociación Nacional de Afectados por los Síndromes de Sensibilidad Química, Fatiga

- Crónica, Fibromialgia y para la Defensa Ambiental (ASQUIFYDE), Spain
26. Asociación para la Recuperación de la Memoria Histórica, Spain
 27. Associació Fundació Dada Gugu, España
 28. Associação para o Desenvolvimento e Democracia, Mozambique
 29. ATALC Amigos de la Tierra América Latina y el Caribe
 30. ATTAC, Spain
 31. AVES Association for Wildlife Conservation, France
 32. Base Investigaciones Sociales BASEIS, Paraguay
 33. Basler Appell gegen Gentechnologie, Switzerland
 34. Biofuelwatch, United Kingdom
 35. Bismarck Ramu Group Madang, Papua New Guinea
 36. Bharatiya Krishak Samaj, India
 37. Budongo Conservation Field Station, Uganda
 38. BUNDjugend MV, Germany
 39. Campaña "No te comas el Mundo", Spain
 40. CANE Coalition Against Nuclear Energy, South Africa
 41. CAPOMA Centro de Acción Popular Olga Márquez de Aredez en defensa de los Derechos Humanos, Argentina
 42. Carbon Trade Watch, Netherlands
 43. CEMEP-ADIS, Argentina
 44. CENSAT Agua Viva Amigos de la Tierra Colombia
 45. Center for Encounter and active Non-Violence, Austria
 46. Centre for Environmental Justice, Sri Lanka
 47. Centre for Orangutan Protection, Indonesia
 48. Centre for Organisation Research and Education, India
 49. Centro Balducci, Italy
 50. Centro de Derechos Humanos Fray Bartolomé de Las Casas AC, México
 51. Centro de Documentación en Derechos Humanos Segundo Montes Mozo S.J. CSMM, Ecuador
 52. Centro Ecologista Renacer, Argentina
 53. Centro tricontinental - CETRI, Belgium
 54. CESTA Amigos de la Tierra, El Salvador
 55. CIFAES-Universidad Rural Paulo Freire, Spain
 56. Club Unesco di Udine, Italy
 57. CODEFF - Amigos de la Tierra, Chile
 58. COECOCEIBA - Amigos de la Tierra Costa Rica
 59. Colectivo Feminista, Ecuador
 60. Colectivo Sur Cacarica Valencia, Spain
 61. Comisión Intereclesial de Justicia y Paz, Colombia
 62. Comitato Ambiente di Vittorio Veneto, Italy
 63. Comité Cerezo, Mexico
 64. Comité Monseñor Oscar Romero de Valladolid, Spain
 65. Comité Obispo O. Romero, Chile
 66. Comité Oscar Romero de Madrid, Spain
 67. Comité Oscar Romero de Vigo, Spain
 68. Colectivo de Solidaridad por la Justicia y Dignidad de los Pueblos Coliche, Spain
 69. Comisión de Solidaridad y Derechos Humanos de Imbabura, Ecuador
 70. Comisión Pastoral Paz y Ecología COPAE Diócesis de San Marcos, Guatemala
 71. Comisión Permanente de Derechos Humanos, Colombia
 72. Comité pour les droits humains Daniel Gillard, Belgium
 73. Comunidad Cristiana de Base de Genova, Italy
 74. Comunidades Cristianas Populares, Spain
 75. Conciencia Solidaria ONG Interprovincial, Argentina
 76. Consejo Comunitario Afrodescendiente de la Cuenca del Río Naya, Colombia
 77. CONTAC Confederação Nacional dos Trabalhadores nas Indústria da Alimentação,

- Agro-Indústrias, Brasil
78. Contraloría Ciudadana de Asunción, Paraguay
 79. Cooperativa de Recolectores, Emprendedores y Recicladores "EL OREJANO", Argentina
 80. Cooperativa Futura Societa Cooperativa ONLUS, San Vito al Tagliamento (PN), Italy
 81. Coordinadora Ecoloxista d'Asturies, España
 82. Coordinadora Ecuatoriana de Agroecología CEA
 83. Coordinadora Popular Colombiana en París CPCP, France
 84. Corporación Buen Ambiente CORAMBIENTE Bucaramanga, Colombia
 85. Corporate Europe Observatory CEO, Netherlands
 86. CO2 Accion, Argentina
 87. De Gaarde Foundation, entre for Ecological Living, Netherlands
 88. Dritte-Welt-Kreis Panama e.V., Germany
 89. Earth Peoples, International
 90. Earth Savers Movement, Philippines
 91. ECAs del Centro del Valle del Cauca, Colombia
 92. ECO Yeshemachoch Mahiber ECOYM, Etiopia
 93. Ecological Internet, USA
 94. Ecological Society of the Philippines, Philippines
 95. Ecologistas en Acción, Spain
 96. EcoNexus, United Kingdom
 97. Economic Justice and Development Organization EJAD, Pakistan
 98. Ecoportal.Net, Argentina
 99. En Buenas Manos e.V., Germany
 100. Entomological Society of Latvia, Latvia
 101. Entrepueblos, Spain
 102. Envirocare, Tanzania
 103. Environment Protection Association – APROMAC, Brazil
 104. Espacio Bristol-Colombia, United Kingdom
 105. ETC Group, international
 106. FASE - Solidariedad y Educación, Brasil
 107. FDCL Centro de Investigación y Documentación Chile - Latinoamérica, Germany
 108. Federacion Accion Campesina Colombiana ACC, Colombia
 109. Federación Andaluza de Consumidores y Productores Ecológicos FACPE, Spain
 110. Federación de Comités de Solidaridad con Africa Negra, Spain
 111. FERAESP Federação dos Empregados Rurais Assalariados do Estado de São Paulo, Brasil
 112. FIAN, Germany
 113. FIAN Internacional
 114. Fisherfolk Movement (KM), Philippines
 115. Focus on the Global South, Bangkok Thailand
 116. Fórum de Defesa do Baixo Parnaíba Maranhense - Brasil
 117. Foodfirst Information & Action Network FIAN, Belgium
 118. Foodfirst Information & Action Network FIAN, Mexico (mexican section of FIAN International)
 119. Foodfirst Information & Action Network FIAN, Netherlands
 120. France Amérique Latine Niza, France
 121. France Amérique Latine Paris, France
 122. Frente Nacional de Lucha por el Socialismo FNLS, Mexico
 123. Frente Nacional por la Salud de los Pueblos, Ecuador
 124. Frente por la Vida y Contra el Desierto Verde, Colombia
 125. Freunde der Naturvölker e.V./FdN - fPcN, Germany
 126. Friends of the Earth, Australia
 127. FTA Watch Thailand, Thailand
 128. Fundación AGRECOL Andes – Bolivia

129. Fundacion Hombre Lux Naturaleza HOLUNA, Colombia
130. Fundación Páramo y Frailejones, Colombia
131. Fundación Semillas de Vida A.C., Mexico
132. Global Indigenous Peoples Movement, USA
133. Global Forest Coalition
134. Global Justice Ecology Project, USA
135. Grupo de Colombia, Nürtingen, Alemania
136. Grupo de Reflexión Rural, Argentina
137. Grupo de Trabajo Suiza Colombia ASK, Switzerland
138. Jubileo Sur, Mexico
- 139.** Hermanas de Nuestra Señora de Sión Managua, Nicaragua
140. IAR International Animal Rescue, Indonesia
141. Iberica 2000, Spain
142. Ibiza Ecologic, Spain
143. IGLA Informationsgruppe Lateinamerika, Austria
144. Indonesian student Association PPI, Netherlands,
145. Iniciativa para el Desarrollo Local La Matanza BsAs, Argentina
146. Iniciativa Paraguaya para la Integracion de los Pueblos, Paraguay
147. ICID Iniciativas de Cooperación Internacional para el Desarrollo, Spain
148. Institute for Global Justice, Indonesia
149. Instituto de Botánica Aplicada FUNIBA, Colombia
150. Instituto Políticas Alternativas para o Cone Sul PACS, Brasil
151. KAIROS Canadian Ecumenical Justice Initiatives, Canada
152. Kein Strom aus Palmöl !, Germany
153. Kelir, Indonesia
154. Kolko - Human Rights for Colombia, Germany
155. Koordination Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung der Franziskaner Mitteleuropas
156. Korea Alliance of Progressive Movements, South Korea
157. La Fuerza de los Niños Ciudad Evita, Argentina
158. Labour Rights and Democracy LARIDE, Philippines
159. Labour, Health and Human Rights Development Centre Iahrde, Nigeria
160. Lasojamata, Netherlands
161. Latinamerican Network against Monoculture Tree Plantations
162. Maderas del Pueblo - Chiapas, Mexico
163. Mangrove Action Project MAP, USA
164. México Nación Multicultural UNAM Oficina Oaxaca, México
- 165.** Minga, France
166. Movimiento Ambientalista de Olancho MAO, Honduras
167. Movimento de Mulheres Camponesas MMC (Vía Campesina), Brasil
168. Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra MST (Vía Campesina), Brasil
169. Movimiento Madre Tierra (miembro de FoE), Honduras
170. Movimiento Mexicano de Afectados por las Presas y en Defensa de los Rios MAPDER, México
171. Movimiento de Resistencia Popular del Sureste (MRPS-FNLS), de Chiapas, México
172. Movimento Rede Afropunk, Brasil
173. Mujeres Luna Creciente, Ecuador
174. Muyuqui San Justo Santa Fe, Argentina
175. National Federation of Dalit Women, India
176. Neotropical Primate Conservation, United Kingdom
177. Network for Ecofarming in Africa, Kenya
178. Network of Alternatives against Impunity and Market Globalisation
179. New Forest Friends of the Earth, United Kingdom

180. Nimfea Environmental and Nature Conservation Association, Hungary
181. NOAH Friends of the Earth, Denmark
182. Norwich Green Party, United Kingdom
183. Ökumenischer Arbeitskreis Christen & Ökologie, Germany
184. Osservatorio Informativo Indipendente sulla Americhe, Italy
185. Pacific-Network, Germany
186. Palm Oil Action Group, Australia
187. Pambang Katipunan ng Makabayang Magbubukid (PKMM), Philippines
188. Partnership for Agrarian Reform and Rural Development Services
PARRDS, Philippines
189. Pastoral de la Tierra Nacional de la Conferencia Episcopal, Guatemala
190. Pax Christi Alemania Fondo de Solidaridad Un Mundo, Germany
191. Perkumpulan Elang, Indonesia
192. PIPEC Pacific Indigenous Peoples Environment Coalition, New Zealand
193. Plaidoyer pour un Développement Alternatif PAPDA, Haïti
194. Plataforma de solidaridad con Chiapas, Oaxaca y Guatemala de Madrid, Spain
195. Plataforma Rural, Spain
196. Platform of Filipino Migrant Organizations in Europe, Netherlands
197. Plural Anitzak Ortuella Euskadi, Spain
198. Poor People's Economic Human Rights Campaign PPEHRC, USA
199. Por una Vida Digna BsAs, Argentina
200. Pro Wildlife, Germany
201. Proceso de Comunidades Negras PCN, Colombia
202. Progressive Alliance of Fishers Pangisda, Philippines
203. Pro Regenwald, Germany
204. Proyecto Gran Simio GAP/PGS, Spain
205. PWG Pelindaba Working Group, South Africa
206. Rainforest Information Centre New South Wales, Australia
207. RAP- AL, Ecuador
208. RAP-AL, Panama
209. RAP- AL, Uruguay
210. RBJA Red Brasileña de Justicia Ambiental, Brasil
211. Red Ambiental Loretana, Perú
212. Red Colombiana de Acción frente al Libre Comercio y el ALCA -RECALCA,
Colombia
213. Red Comunitaria, Cuba
214. Red Mexicana de Accion frente al Libre Comercio RMALC, Mexico
215. Red Mexicana de Afectados por la Minería REMA, Mexico
216. Red Theomai, Argentina
217. REDES Amigos de la Tierra, Uruguay
218. Regenwald-Institut e.V., Germany
219. Rel-UITA, Uruguay
220. Reseaus Defenseurs des DDHH Bamako, Mali
221. Rete Radié Resch, Italy
222. Robin Wood, Germany
223. Salva la Selva/ Rettet den Regenwald, Germany
224. Save Our Borneo, Central Kalimantan, Indonesia
225. Semillas de Identidad, Campaña por la Defensa de la Biodiversidad y la Soberanía
Alimentaria, Colombia
226. Serikat Petani Indonesia SPI Indonesian Peasant Union (Via Campesina), Indonesia
227. Sindicato Trabajadores Rurales de Coraler SITRACOR, Uruguay
228. Slow Food, Kenya
229. Sociedad Colombiana de Automovilistas SCA, Colombia
230. Sociedade Maranhense de Direitos Humanos, Brasil
231. Society for Threatened Peoples, Germany

- 232.Soldepaz Pachakuti, Spain
- 233.Southern African Faith Communities Environment Institute SAFCEI, South Africa
- 234.Student Board of Executives, Social and Political Science Faculty University of Indonesia, Indonesia
- 235.Terre des hommes Deutschland e.V., Germany
- 236.Timberwatch, Southafrica
- 237.Transnational Institute, Netherlands
- 238.Transnational Migrant Platform, Netherlands
- 239.Traper@s de Emaus de Dualez,Torrelavega, Cantabria, Spain
- 240 .El Tribunal internacional de Opinion Caso Sur de Bolívar, Colombia
- 241.Tulele Peisa Inc., Papua New Guinea
- 242.Unión de Trabajadores Rurales del Sur del País UTRASURPA, Uruguay
- 243.Union paysanne, Canada
- 244.Vecin@s del pueblo de Dualez, Torrelavega, Cantabria, Spain
- 245.WALHI Jambi Friends of the Earth Province Jambi, Indonesia
- 246.Walter Sisulu Environmental Centre Pretoria, South Africa
- 247.Watch Indonesia, Germany
- 248.WEED Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V., Germany
- 249.Women in Europe for a Common Future, Europe
- 250.World Rainforest Movement WRM, Uruguay
- 251.Yayasan Sahara, Indonesia
- 252.Youth for Ecology Liberation, USA
- 253.Zona Humanitaria Comunidad Civil de Vida y Paz CIVIPAZ Meta, Colombia
- 254.Zona Humanitaria de la Comunidad Vida y Trabajo La Balsita Dabeiba, Colombia
- 255.Zonas humanitarias y de Biodiversidad de la Comunidad de Autodeterminación Vida y Dignidad CAVIDA Cacarica, Colombia
- 256.Zonas Humanitarias y Zonas de Biodiversidad, Consejo Comunitario del Curvaradó, Colombia
- 257.Zonas Humanitarias y Zonas de Biodiversidad, Consejo Comunitario del Jiguamiandó, Colombia